

25./4. 1918

16

Reifenstimmung in Oesterreich.

Wien, 25. April. (Priv.-Tel.) Die Annahme, daß die durch den Kaiserbrief und die Entlassung Czernins entfesselte Bewegung im Sumpfe der wienerischen Indolenz bald erstickt werde, hat sich nun doch als falsch erwiesen. Das mag damit zusammenhängen, daß man diesmal die sonst mit so viel Geduld angewandte Taktik des vorläufigen Zurückweichens vor starken populären Strömungen aus irgendwelchen Gründen geglaubt hat, vermeiden zu müssen. Die von den Offiziösen auf Grund einer Mystifikation gebrachte Nachricht von der Abreise der Herzogin von Parma wurde scharf dementiert, was in den Kreisen die an eine Mystifikation nicht glauben wollten, als Beweis dafür angesehen wurde, daß am Hofe wieder ein Stimmungsumschwung eingetreten sei, worauf sofort auch die Gegenbewegung in der verbitterten Aristokratie und den gleichgesinnten bürgerlichen Kreisen einsetzte. Gegen den Antrag der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses, eine Sitzung zur Besprechung der Lage einzuberufen, erhob der aus der Rechten hervorgegangene Präsident Fürst Windischgrätz Einspruch mit der feudalen Rechten, die dergleichen Besprechungen nicht für opportun hält. Aber dieser Widerspruch hatte natürlich nicht zur Folge, daß die Verfassungs- und die Mittelpartei von der Absicht, ihre Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, abgestanden wären, sondern im Gegenteil, in Uebereinstimmung mit, daß sie auf anderem Wege ihre recht scharf gehaltenen Beschlüsse zur Kenntnis der Regierung bringen und den Präsidenten zur Anerkennung seiner Demission gezwungen haben.

Der Gemeinderat der Stadt Wien besaßte sich gestern abend sympathisch mit dem Antrag, dem Grafen Czernin das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen. In dem Verlande der deutschnationalen Parteien gärt es, und die aus dem Hinterland mit gepfefferten Beschlüssen bombardierten Abgeordneten lehnen sich gegen die Führer auf, die noch immer hinter den Kulissen mit der Regierung zu plattieren suchen. Auch die Christlichsozialen sind verärgert, da ihre zum großen Teil bäuerlichen Wähler sich durch die Regierungsverordnung belästigt fühlen, derzufolge die bäuerlichen Selbstversorger einen Teil ihrer Vorräte den bedrängten Städtern zur Verfügung zu stellen hätten. Vor diesem Widerspruch kniet übrigens die Regierung schon ein. Trotzdem ist nicht abzusehen, woher das Kabinett Seidler eine Mehrheit nehmen soll, und es wird auch schon davon gesprochen, daß es gar nicht mehr vor das Parlament treten wird. (Vgl. das folgende Telegramm.) Es scheint jedoch, daß man an den entscheidenden Stellen den Ernst der Lage noch nicht recht erkennt.

Wien, 25. April. (Priv.-Tel.) Die Stellungnahme der Mehrheit des Herrenhauses zu den Umständen, die den Rücktritt des Grafen Czernin veranlaßt haben, dürfte aller Voraussicht nach auch eine österreichische Ministerkrise zur Folge haben. Die Verfassungs- und die Mittelpartei des Herrenhauses faßten die gestern bereits gemeldeten Beschlüsse, welche verlangten, daß die äußere Politik der Monarchie nur durch die verfassungsmäßig gedeckten Akte beeinflusst, und daß auch weiterhin an der Bündnispolitik zum Deutschen Reich unverändert festgehalten werde. Diese Resolutionen enthalten aber auch eine Spitze gegen das Kabinett Seidler, dem sie ziemlich unbehaglich den Vorwurf machen, daß es den Träger der Krone nicht immer in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Weise gedeckt habe. Die Resolution sollte nun gestern dem Ministerpräsidenten überreicht werden, da der Präsident des Herrenhauses, Fürst Windischgrätz, die Anberaumung einer besonderen Sitzung zur Erörterung dieses Themas abgelehnt hatte. Der Empfang der Abordnung wurde jedoch, da sich der Ministerpräsident zur Audienz gestern abend nach Baden begeben hatte, auf den heutigen Tag verschoben. Die Demission des Fürsten Windischgrätz ist die erste Folge der durch die erwähnten Entschlüsse geschaffenen kritischen Lage. Man nimmt an, daß sein Demissionsanerbieten nicht genehmigt werden wird. Die erregte Stimmung, die sich seit dem Rücktritt des Grafen Czernin unter den deutschen Abgeordneten bemerkbar gemacht hat, wurde durch die Vorgänge im Herrenhaus noch verstärkt, umso mehr, als auch die Christlichsozialen, die sich immer auf den rein agrarischen Standpunkt stellen, infolge der jüngsten Regierungsverordnung über die Beschlagnahme der Getreidevorräte bei den bäuerlichen Selbstversorgern deutlich vom Kabinett Seidler abgerückt sind.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man mit ziemlicher Sicherheit an, daß Dr. v. Seidler heute nach dem Empfang der Abordnung des Herrenhauses gamentlich wegen des in den Resolutionen zum Ausdruck gekommenen Mißtrauens gegen die österreichische Regierung seine Demission einreichen wird. Die deutschen Parteien haben an den Ministerpräsidenten eine Anzahl von Forderungen gerichtet, von deren Erfüllung sie ihre künftige Haltung im Parlament abhängig machen. Es ist bisher nicht gelungen, über diese Forderungen ein Einvernehmen zu erzielen, und die deutschradikale Partei hat gestern bereits Beschlüsse gefaßt, die auf eine stark oppositionelle Haltung hinweisen. Dadurch ist das Kabinett Seidler in beiden Häusern in eine ziemlich unhaltbare Position gedrängt worden, die heute höchst wahrscheinlich ein Demissionsgesuch zur Folge haben wird. Ueber die Wahrscheinlichkeit der Annahme des Demissionsgesuchs gehen die Meinungen in informierten Kreisen stark auseinander, doch über-

wiegt die Ansicht, daß diesmal das Demissionsanerbieten kein bloß formelles ist und der Rücktritt der Regierung Seidler ernstlich in Erwägung gezogen werden wird. In diesem Fall hält man die Vertrauensbesetzung des gegenwärtigen Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca mit der Kabinettsbildung nicht für unwahrscheinlich.

Aus der Sitzung der deutschradikalen Partei verlautet, daß sie beschlossen hat, beim Wiederaufammentritt des Parlaments dringende Anfragen über die Ernährungsverhältnisse in Deutschböhmen, ferner über die Widersprüche zwischen der Rede des Grafen Czernin an die Wiener Gemeindevorstellung und den Erklärungen Dr. v. Seidlers gegenüber den Vertretern der tschechischen Parteien zu stellen und die sofortige parlamentarische Verhandlung über den Gerichtsstand des Hauses Parma, das im Jahre 1914 durch eine § 14-Verordnung als extraterritorial erklärt wurde, zu verlangen. Die Partei erklärt ferner in einer Resolution, nur eine solche Regierung unterstützen zu wollen, die die Bürgerschaft bietet, daß die auswärtige Politik der Monarchie vom verantwortlichen Minister des Auswärtigen unter Ausschluß jeder Beeinflussung von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung im engsten Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reich geführt wird, eine Regierung, welche die Selbständigkeit und Selbstverwaltung Deutschböhmens unter Durchführung der nationalen Abgrenzung bewirkt und die ausreichende Versorgung Deutschböhmens sicherstellt.